

**Geschäftsordnung für das Entscheidungsgremium zur Durchführung eines
ordnungsgemäßen Projektauswahlverfahrens und zur Steuerung und Kontrolle der
Lokalen Entwicklungsstrategie im Rahmen von Leader auf der Grundlage der
Satzung der LAGAmmersee**

A. Präambel

Die Lokale Aktionsgruppe verfügt gemäß VO (EU) GSR/2012 Art. 28 -30 nach ihrer Anerkennung über Entscheidungs- und Kontrollbefugnisse bei der Umsetzung ihrer Lokalen Entwicklungsstrategie (LES) und damit bei der Auswahl von Vorhaben (Projekten), für die eine Leader-Förderung beantragt werden soll. Sie ist in ihrer Auswahlentscheidung an die Einhaltung der Bestimmungen zur ordnungsgemäßen Durchführung des Projektauswahlverfahrens gebunden. Dabei hat sie formale Mindestanforderungen zu erfüllen, insbesondere:

- hat sie eine Einstufung der Vorhaben nach ihrem Beitrag zum Erreichen der Ziele der regionalen Entwicklungsstrategie vorzunehmen
- hat sie für die erforderliche Transparenz bei der Projektauswahl zu sorgen,
- sind Interessenskonflikte von Mitgliedern des Entscheidungsgremiums zu vermeiden
- ist sicherzustellen, dass in den Auswahlentscheidungen keine einzelne Interessengruppe mit mehr als 49 % der Stimmrechte vertreten ist.
- hat sie durch geeignete Maßnahmen die Umsetzung der Entwicklungsstrategie zu überwachen und zu steuern

Diese Geschäftsordnung gilt für das Entscheidungsgremium nach § 9 der Satzung der LAG Ammersee e.V. Sie regelt die interne Arbeitsweise und Aufgabenverteilung innerhalb des Entscheidungsgremiums. Die Gesamtverantwortung des Vorstandes nach § 8 der Satzung bleibt davon unberührt.

§ 1 Geltungsbereich, Geltungsdauer, Erlass, Änderung und Wirksamkeit

1. Diese Geschäftsordnung gilt für:

- die Durchführung des Projektauswahlverfahrens im LEADER-Prozess
- die Durchführung von Kontroll-, Monitoring- und Evaluierungstätigkeiten zur Überwachung der Umsetzung der LES.
- Weitere Aufgaben zur Umsetzung der LES können von der Mitgliederversammlung an das Entscheidungsgremium übertragen werden. Aktuelle Kompetenzübertragungen:
 - Beschlussfassung über Mittelanpassungen der Budgetverteilung auf die Entwicklungsziele der LES (Kompetenzübertragung in Mitgliederversammlung vom 24.10.2024)

2. Diese Geschäftsordnung gilt für die Dauer der laufenden Leader-Förderperiode. Bei Änderungen ist sicherzustellen, dass die EU-rechtlichen Vorgaben eingehalten werden.

3. Diese Geschäftsordnung wurde von der Mitgliederversammlung beschlossen. Das Entscheidungsgremium kann Anpassungen zur GO beschließen, Änderungen durch das Entscheidungsgremium werden erst nach der Annahme durch die Mitgliederversammlung rechtswirksam.

§ 2 Einladung zur Sitzung / Aufforderung zur Abstimmung im Umlaufverfahren / Information der Öffentlichkeit

1. Die Sitzungen des Entscheidungsgremiums finden nach Bedarf, jedoch mindestens zweimal

- im Kalenderjahr statt und können als Präsenztermin oder in einem geeigneten digitalen Format durchgeführt werden.
2. Zur Sitzung des Entscheidungsgremiums wird unter Einhaltung einer Ladungsfrist von mindestens einer Woche schriftlich oder in elektronischer Form geladen.
 3. Mit der Einladung zur Sitzung / der Aufforderung zur Abstimmung im Umlaufverfahren erhalten die Mitglieder die Tagesordnung mit Angabe der Projekte, die zur Entscheidung anstehen, sowie ausreichende Vorabinformationen (z.B. Projektskizzen) zu den einzelnen Projekten.
 4. Vor der Sitzung des Entscheidungsgremiums / der Abstimmung im Umlaufverfahren wird der Termin mit Angabe der Tagesordnung und Nennung der Projekte, die zur Entscheidung anstehen, von der LAG öffentlich bekanntgegeben.

§ 3 Tagesordnung

1. Die Tagesordnung des Entscheidungsgremiums wird vom Vorstand erstellt und enthält mindestens folgende Tagesordnungspunkte:
 - Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
 - Projekte über die Beschluss gefasst werden soll
 - Projekte über die Beschluss für ein nachfolgendes Umlaufverfahren gefasst werden soll.
2. Die Tagesordnung kann mit einstimmigem Beschluss des Entscheidungsgremiums geändert werden.
3. Zur Durchführung von Kontroll- und Evaluierungstätigkeiten ist die Tagesordnung bei Bedarf, jedoch mindestens einmal jährlich, um folgende Tagesordnungspunkte zu erweitern:
 - Monitoring und Evaluierung der Entwicklungsstrategie
 - Umsetzungsstand und ggf. Fortschreibung des Aktionsplanes

§ 4 Abstimmungsverfahren

Die Auswahlbeschlüsse können nachfolgenden Verfahren herbeigeführt werden:

1. Persönliche Abstimmung in der Sitzung des Entscheidungsgremiums.
2. Schriftliche Abstimmung des Entscheidungsgremiums im Umlaufverfahren bei Beschlussfassung zu Einzelprojekten. Das Umlaufverfahren ist bei der Behandlung und Beschlussfassung zu Tagesordnungspunkten zur Überwachung und Fortschreibung der Umsetzung der regionalen Entwicklungsstrategie nicht zugelassen.
3. Die Schriftliche Abstimmung im Umlaufverfahren sollte nur in Ausnahmefällen vorgenommen werden, z.B. wenn eine Präsenzsitzung aus rechtlichen Gründen nicht durchgeführt werden kann oder bei besonderer Dringlichkeit des Projektes.

§ 5 Beschlussfähigkeit / Ausschluss von der Entscheidung bei vorliegenden Interessenskonflikten

1. Die Sitzungen des Entscheidungsgremiums sind grundsätzlich öffentlich. Ausnahmen sind insbesondere dann möglich, wenn die schutzwürdigen Belange eines Projektträgers entgegenstehen.
2. Das Entscheidungsgremium ist beschlussfähig, wenn mindestens 6 der Mitglieder anwesend sind. Darüber hinaus ist erforderlich, dass keine einzelne Interessensgruppe mit mehr als 49 % der Stimmen an den Auswahlentscheidungen beteiligt ist.
3. Bei Abstimmungen in Sitzungen können sich Stimmberechtigte aus der Interessensgruppe <öffentlicher Sektor> durch die als Vertreter benannten Bürgermeister vertreten lassen.

Bei Abwesenheit des 1. Vorsitzenden der LAG Ammersee e.V. übernimmt ein EG-Mitglied aus der Interessensgruppe <öffentlicher Sektor> die Sitzungsleitung.

Alle anderen Interessensgruppen stellen den nichtöffentlichen Bereich dar. Deren Mitglieder können sich durch schriftliche Übertragung ihres Stimmrechts auf ein anderes Mitglied dieses

Bereichs vertreten lassen. Die Zuordnung der übertragenen Stimme zu ursprünglichen Interessensgruppe bleibt bei der Übertragung erhalten. Die entsprechende Vollmacht ist dem Leiter der Projektauswahlsitzung vor der Abstimmung auszuhändigen.

Die Vertretung ist in der Teilnehmerliste zu vermerken.

4. Für jedes Projekt wird von den Mitgliedern des Entscheidungsgremiums das Vorliegen eines Interessenskonflikts geprüft und das Ergebnis mit Unterschrift dokumentiert. Die Definition eines Interessenskonflikts ist detailliert in der entsprechenden Dokumentationsvorlage dargestellt. Mitglieder des Entscheidungsgremiums sind von Beratungen und Entscheidungen zu einzelnen Projekten auszuschließen, wenn ein Interessenskonflikt vorliegt. Der Interessenskonflikt kann nicht durch Übertragung des Stimmrechts auf ein anderes Mitglied des Entscheidungsgremiums aufgelöst werden.

Wenn die LAG selbst Projektträger ist, stellt die Tatsache, dass das Entscheidungsgremium nach den üblichen Verfahren eine Auswahlentscheidung trifft, keinen Interessenskonflikt dar.

§ 6 Beschlussfassung in Sitzungen und im Umlaufverfahren

1. Abstimmung in ordentlicher Sitzung des Entscheidungsgremiums
 - a) Wenn die Satzung nichts anderes vorsieht, fasst das Entscheidungsgremium seine Beschlüsse in offener Abstimmung.
 - b) Ein Beschluss gilt bei einfacher Stimmenmehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder als gefasst, sofern keine einzelne Interessensgruppe mehr als 49% der Stimmen stellt.
 - c) Falls das Entscheidungsgremium nach vorstehendem § 5 nicht beschlussfähig ist, können die Voten der fehlenden Stimmberchtigten im schriftlichen Verfahren eingeholt werden.
2. Abstimmung im Umlaufverfahren (Ausnahmefall)
 - a) Für Abstimmungen im Umlaufverfahren sind den Mitgliedern des Entscheidungsgremiums neben den Projektunterlagen auch eine Stellungnahme der LAG-Geschäftsstelle mit ihrer Bewertung des Projekts sowie ein Abstimmungsblatt mit Beschlussvorschlag beizulegen.
 - b) Mitglieder des Entscheidungsgremiums sind bei Vorliegen eines Interessenskonflikts auch im Umlaufverfahren von Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen. Sie sind verpflichtet, dies auf dem Abstimmungsblatt zu vermerken.
 - c) Bei Abstimmungen im Umlaufverfahren ist eine angemessene Frist zu setzen, innerhalb der die Abstimmung erfolgen muss. Verspätet oder gar nicht bei der Geschäftsstelle eingehende Abstimmungsblätter werden als ungültig gewertet.
 - d) Im Umlaufverfahren herbeigeführte Abstimmungen werden in einem Gesamtergebnis mit Darstellung des Abstimmungsverhaltens der einzelnen Mitglieder dokumentiert.

§ 7 Protokollierung der Entscheidungen

1. Das Ergebnis der Beschlussfassung des Entscheidungsgremiums ist zu jedem Einzelprojekt zu protokollieren. Die einzelnen Beschlussfassungen sind Bestandteil des Gesamtprotokolls.

Im Protokoll ist zu jedem Einzelprojekt mindestens festzuhalten:

- Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und
- Beschlussfähigkeit
Angaben über Ausschluss bzw. Nichtausschluss stimmberechtigter Teilnehmer von der Beratung und Abstimmung wegen persönlicher Beteiligung
- Nachvollziehbare Auswahlentscheidung auf der Grundlage der LEADER-Pflichtkriterien und der Projektauswahlkriterien der LAG zur Erreichung der Ziele der gebietsbezogenen Entwicklungsstrategie
- Beschlusstext und Abstimmungsergebnis

2. Die Dokumentation der Beschlussfassung zum Einzelprojekt kann mittels Formblatt erfolgen.
3. Die Teilnehmerliste mit Angaben zur Zuordnung zu einer Interessensgruppe ist Bestandteil des Gesamtprotokolls.

§ 8 Transparenz der Beschlussfassung

1. Die LAG veröffentlicht ihre Projektauswahlkriterien und das Procedere des Auswahlverfahrens auf ihrer Website.
2. Die Projektauswahlentscheidungen des Entscheidungsgremiums werden auf der Website der LAG veröffentlicht.
3. Der Projektträger wird im Falle einer Ablehnung oder Zurückstellung seines Projekts schriftlich darüber informiert, welche Gründe für die Ablehnung oder Zurückstellung ausschlaggebend waren. Es wird ihm die Möglichkeit eröffnet in der nächsten Sitzung des Entscheidungsgremiums, die der Ablehnung folgt Einwendungen gegen die Entscheidung zu erheben. Der Entscheidungsgremium hat über das Projekt nach Anhörung abschließend erneut Beschluss zu fassen.

Weiterhin wird der Projektträger auch auf die Möglichkeit hingewiesen, dass er trotz der Ablehnung oder Zurückstellung des Projekts durch die LAG einen Förderantrag (mit der negativen LAG-Stellungnahme) bei der Bewilligungsstelle stellen kann und ihm so der öffentliche Verfahrens- und Rechtsweg eröffnet wird.

4. Beschlüsse und Informationen zu §3 Ziffer 3 werden soweit sie die lokale Entwicklungsstrategie betreffen auf der Website der LAG veröffentlicht.

§ 9 Berichts- und Zustimmungspflicht der Mitgliederversammlung

1. Über die Tätigkeit des Entscheidungsgremiums ist der satzungsgemäß vorgeschriebenen Mitgliederversammlung Bericht zu erstatten.
2. Beschlüsse zur Anpassung und Fortschreibung der lokalen Entwicklungsstrategie bedürfen zu ihrem Wirksamwerden der Zustimmung der Mitgliederversammlung, ausgenommen die in §1 dokumentierten Kompetenzübertragungen.

§ 10 Salvatorische Klausel

Sollte die Geschäftsordnung Regelungen enthalten, die der Satzung der LAG Ammersee e.V. widersprechen, so gilt in diesem Fall der Vorrang der satzungsgemäßen Regelung.

§ 11 Inkrafttreten der Geschäftsordnung

Die Geschäftsordnung wurde auf der Mitgliederversammlung am 25.01.2023 beschlossen und in Kraft gesetzt.

Auf der Mitgliederversammlung am 24.10.2024 wurde die Kompetenzübertragung zur Beschlussfassung über Mittelanpassungen der Budgetverteilung auf das Entscheidungsgremium beschlossen und in 1.1 dokumentiert.

Im Rahmen des Qualitätsmanagements des AELF hat der Vorstand in seiner Sitzung am 22.01.2025 den Absatz §9.2 angepasst, um die formale Kompetenzübertragungen der Mitgliederversammlung an das Entscheidungsgremium schlüssig zu regeln.

Die Bestätigung dieser Anpassung erfolgte auf der Mitgliederversammlung am 02.04.2025.

Dießen, 02.04.2025

Christian Bolz

1. Vorsitzender der LAG Ammersee e.V.
Vorsitzender des Entscheidungsgremiums